

REPUBLIC ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

10.880/05-IA10/89

WIEN, 31. JULI 1989

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

Zl.	40-GE/9-89
Datum:	4. AUG. 1989
Von:	07. Aug. 1989 <i>ferkelner</i>

Novellierung des Denkmalschutzgesetzes

Dr. Hühner

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben des BKA-Verfassungsdienst vom 13. Mai 1976, GZl. 600.614/3-VI/2/76, beehrt sich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zur Novellierung des Denkmalschutzgesetzes, zu übermitteln.

Beilagen

Für den Bundesminister:

Dr. Küllinger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Deu hies



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

A-1012 Wien, Stubenring 1: Präsidialsekt., Sekt. I, Sekt. II, Sekt. III, Buchhaltung, Tel. (0222) 71100 DW
A-1012 Wien, Stubenring 12: Innere Rev., Sekt. IV, Sekt. V, Abt. III B 7, III B 11, Tel. (0222) 51510 DW

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, am 3. JULI 1989

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom 12.9.12/1-33/89

Unsere Geschäftszahl
10.880/05-IA10/89

Sachbearbeiter(in)/Klappe
Dr. Hason/6035

Betreff:

Novellierung des Denkmalschutzgesetzes

Bezugnehmend auf die Aussendung vom 21. April 1989 gibt
das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft fol-
gende Stellungnahme ab:

Zu Zif. 5 (§ 2 Abs. 1):

Diese Regelung führt bei der Veräußerung von bundeseigenen
Liegenschaften oft zu erheblichen Verzögerungen und
schafft in weiten Bereichen Rechtsunsicherheit. Eine Ver-
einfachung wäre wünschenswert.

Zu Zif. 4 (§ 10 Abs. 1):

Es müßte ausdrücklich ausgesprochen werden, daß für eine
Nachforschung auch die Zustimmung des Grundeigentümers
eingeholt werden muß und daß die behördliche Genehmigung

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

nicht die Einholung der Zustimmung des Grundeigentümers ersetzt. ndernfalls sinkt die Rechtstellung des Grundeigentümers zu einem nudum ius ab.

Zu Zif. 19 (§ 11):

Die beabsichtigte Regelung von Fundhoffnungsgebieten kann ein Bewirtschaftungerschwernis, eventuell auch dadurch bedingte Einnahmenminderungen zur Folge haben. Es müßte daher eine entsprechende Entschädungsregelung getroffen werden.

Für den Bundesminister:

Dr. Küllinger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'D. Küllinger', is written over the text 'der Ausfertigung:'.